

**Bezugspreis**  
Für Halle monatlich drei Mark  
Zustellung 1.40 Mark, wozu einschließlich  
2.50 Mark, durch die Post 4.05 Mark  
ausgeschlossen Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im an-  
schließlichen Zustellungsgebiete unter  
Einschluß der Zeitungen unter  
Einschluß der Zeitungen, für an-  
sonst eingegangene Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit der Quittung eines  
„Halle-Zeitungs“ gestattet.  
Bureau der Schriftleitung Nr. 1140,  
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,  
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133,  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

**Abend-Ausgabe.**

# Halle-Zeitung

Zweitausendfünfhundert Jahrgang.

**Anzeigen**  
werden die 7 spätere Kolonelle  
oder deren Raum mit 30 Pfg. berech-  
net und in anfertigen Anzeigen  
und allen Anzeigen-Geschäften an-  
genommen. Reklamen die Seite 1 Mt.  
Schluss der Anzeigen-Annahme  
sonntags 11 Uhr für die Sonntags-  
nummer abends 6 Uhr. Abbestellun-  
gen von Anzeigen-Anträgen, soweit  
solche zulässig sind, müssen schriftlich  
erfolgen. Entgeltart: Halle a. S.  
Erscheint täglich zweimal  
Sonntags einmal  
Schriftleitung und Haupt-Geschäfts-  
stelle: Halle, Ex. Brunnstraße 17.  
Aben-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 10.

Halle, Montag, den 7. Januar

1918.

## Im Westen wird es lebhafter.

Lloyd George verkündet vor Vertretern englischer Gewerkschaften seine Kriegsziele.

### Treibereien.

Wiederum geht bei uns die Wogen der politischen Erregung hoch. Deutschland hätte für Stunden erneut seinen „Zwischenfall“, der durch seine Begleitumstände noch größeres Aufsehen als seine Vorgänger erregte. Es war ein ausgeprochen schmerzhaftes Ereignis in Wäandör, das von einem Eiferer Wante seinen Ausgang nahm und dann auf dem Wege über Berlin in weitere Teile des Reiches gelangte. „Die Hindenburg — die Kuhlmann“ schien das Feldgeschrei geworden zu sein; bis ein nachträgliches Dementi wieder Ruhe eintreten ließ. Was das nützt? Es gehört zu den beliebtesten Praktiken der Alldeutschen, daß sie immer wieder einen Gegenstand zwischen der Obersten Heeresleitung und der Reichsleitung zu konstruieren suchen, obwohl von militärischer Seite stets erneut geboten worden ist, die Heerführer bei der politischen Erörterung aus dem Spiel zu lassen. Das war schon unter der Kanzlerschaft Bethmann-Hollweg so, denn eine andere Bestimmung, wie sie Hindenburg und Ludendorff hinsichtlich der Friedensfrage haben, auch dann nachgelagert wurde, wenn die volle Uebereinstimmung zwischen militärischer und politischer Leitung soden noch höchst betont worden war. Dasselbe Spiel erlebten wir unter der dreimonatlichen Kanzlerschaft Michaelis. Seit wird es in schroffer Form wiederholt. Nach dem offiziellen Dementi bleibt die Frage: Was gar keine Ursache für der von der amegion-Isiniere Schwereindurie verbreiteten Meinung vor? Über welches waren die Ursachen? Wenn die alldeutsche Presse die Wahrheit nur verschleiern wollen sollte, damit sie als Dementi gegen die Reichsleitung wirken, kann ein solches Treiben nicht schon genug zurückgewiesen werden. Hindenburg und Ludendorff haben dem Volke zu hoch, und ihre militärische Bedeutung ist zu groß. Schon deshalb sollte mit ihren Namen kein Mißbrauch getrieben werden.

Stilles Auftreten gegenüber unseren Gegnern wird auch von liberale Seite verlangt und ermahnt. Aber wenn die Wähler der Rechten und der Alldeutschen den gleichen Ausdruck gebrauchen, meinen sie gleiches: Nehmen, was wir bekommen können. Ihnen schwebt vor ihr die Worte vor: „Und bist du nicht wildig, gebrauch' ich Gewalt“, weil sie nicht genügend die Folgen einer solchen Politik für die Zukunft berücksichtigen. Ihnen ist der Staatssekretär von Kuhlmann ein Dorn im Auge. Gegen ihn laufen sie Sturm, um ihn aus der Reichsleitung zu entfernen. Dabei darf man zunächst noch annehmen, daß das, was Kuhlmann in West-Italien vertritt, nicht ohne Betragen Hindenburgs und Ludendorff festgelegt wurde. Darauf muß man sich beziehen, ist: Keine von solchen Motiven getriebene Rücksichtslosigkeit gegenüber den russischen Forderungen im jetzigen Augenblick. Das dient dem Frieden ebensowenig, wie das von den Alldeutschen geübte Ueberheben des Bogens. Zwischen beiden Extremen liegt die Mittellinie, die gegangen werden muß, um zu einem Frieden zu kommen, der Dauer verheißt und der den Interessen des Reiches entspricht. Nur dieser Einzig müßen sich auch die militärischen mit den politischen Interessen in Einklang bringen lassen. Es ist an und für sich genug richtig, daß die Feldherren die Schlachten schlagen, und die Staatsmänner den Frieden stiften sollen. Aber Männer non so übertragender Bedeutung, um die uns das ganze Ausland beneidet, können auch bei einem Friedensschlusse nicht ausgeschlossen werden. Es ist selbstverständlich, daß sie, die den deutschen Osten vom Feinde befreiten und immer wieder Rat und Hilfe in den schwierigsten Situationen im Verluste der mehr als 41 Kriegsmannschaften, ihre Meinung zum Ausdruck bringen, und — und warum handelt es sich zunächst — haben müssen. Hindenburg und Ludendorff sind keine blinden Draufgänger. Wie sie aus Rechtsgründen niemals die Truppenleitung auf Spiel setzen, und bei all ihren Entscheidungen militärischer Natur immer wieder bestrahlt waren, einen jeden Erfolg mit den denkbar geringsten Opfern an Blut zu erringen, so hat das deutsche Volk zu Hindenburg das Vertrauen, daß er mit seinen Wünschen für einen Friedensschlusse ebensowenig über das für Deutschlands Zukunft notwendige Ziel hinausgehen würde. Das Kapitel an Vertrauen, daß beide beiden Heerführer im Volke ohne Unterschied der Parteistellung des einzelnen besten, ist ein so gewichtiges Wort bei den bindenden Beschüssen der Reichsleitung mitzurechnen hätten. Die Einbringung des Friedens im Volke wird nicht davon abhängen, ob diese beiden Männer ihn gutheßen. Ob Frieden ohne die Zustimmung der beiden Heerführer würde nieht Enttäuschung, ja Erbitterung bis weit in die Kreise der Sozialdemokratie gegen eine jede Regierung heranzuziehen.

### Amthlicher Bericht der Heeresleitung.

W.T.B. Großes Hauptquartier, 7. Januar.  
Westlich der Kriegsschauplätze.  
Im Stellungsbogen östlich von Opatowitz und in einzelnen Abschnitten zwischen dem Uras und Grottoe auf Gant-berat führenden Straßen entwickelten sich am Nachmittage heftige Artilleriekämpfe.  
Auch zwischen der Wette und der Wisse, beiderseits von Orens und auf dem Westufer der Mosel war das Artillerie- und Wincenfeuer gesteigert.  
Die Kampftätigkeit der Infanterie blieb auf Gr-landungen im Vorfeld der Stellung beschränkt.  
Östlicher Kriegsschauplatz.  
Nichts Neues.  
Mazedonische und italienische Front.  
Die Lage ist unverändert.  
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

### 36000 Schiffstons!

Glanzeleistungen deutscher U-Boote.  
Berlin, 6. Jan. (Amtlich.)  
1. Am 22. Dezember 1917 hat eines unserer Untersee-boote im Mittelmeer die Schiffe „A. D. Sch. C. 12“ und „Biancino“ in Richtung von Palermo beschossen.  
2. Schwedigen U-Boote-Angriffen sind im westlichen Mittelmeer letzten acht Dampfer und drei Segler mit rund

36000 Brutto-Registertonnen zum Opfer gefallen. Die Dampfer, die mit Ausnahme von einem beladen waren, führen sämtlich in stark gesicherten Geleitzügen. Einer der Dampfer hatte Munitionsladung für Italien; die übrigen Schiffe waren überwiegend Transporter nach Genua. Ihr Verlust bedeutet für Italien einen empfindlichen Ausfall an Kriegsmaterial.

Mit welcher Umsicht und Geschicklichkeit die Geleitzüge angegriffen wurden, zeigt die Tatsache, daß in einem Fall aus einem Geleitzug in 23 Minuten drei Dampfer herausgeschossen, in einem anderen ein aus zwei Dampfern bestehender Geleitzug vernichtet und aus einem weiteren Geleitzug von drei Schiffen in Doppelschiff zwei Dampfer ver-senkt wurden.

Unter den versenkten Dampfern, die alle bemann-t waren, befanden sich die italienischen Dampfer „Ammalita“ (4791 Br.-Reg.-Tonnen) und „Monte Bianco“ (6988 Br.-Reg.-Tonnen).

Zwei der versenkten Segler, darunter der italienische Segler „Giulio“ hatten Schmelz, der dritte Kohlen ge-laden. Während der Versenkung des einen Seglers wurde das U-Boot von einer Landbatterie bei Cap San Vito (Sizilien) beschossen; die Batterie jedoch durch das Boot zum Schweigen gebracht.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

### Ein Kaperschiff im Roten Meere.

Amsterdam, 6. Januar. In englischen Marinekreisen rief das Erscheinen eines neuen deutschen Kaperschiffes am Einbruch des Roten Meeres große Erregung her- vor. Man weiß, daß das Schiff schon eine Anzahl guter Erfolge aufzuweisen hat, schweigt sich aber noch immer

Zunächst aber liegt feststatter Grund vor, von einem Gegenstande zwischen Regierung und Heeresleitung zu sprechen. Auch die alldeutsche Presse weiß hierüber nichts Positives zu berichten. Sie beschränkt sich immer nur auf die Wieder-haltung, daß ein solcher Gegenstand vorhanden ist. Beweis-materiale hierfür hat sie bisher niemals er-bracht! Und ohne solche her hervorzuweisen Beweise sollten beratige Erörterungen in einer Verantwortlichkeitsgefühll be-sitzenden Presse unterbleiben. „Zwischenfälle“ wird es bei den Verhandlungen in West-Italien wohl mehrere geben. Es wäre geradezu unnatürlich, wenn Verhandlungen nach 41 Kriegs-monaten glatt und ohne Störungen vor sich gehen würden. Des-halb sollten wir uns auch bei künftigen Komplikationen streng davon fern halten, mit so schwerwiegenden Nachrichten, wie sie Nichtrittsobliegen Hindenburgs und Ludendorffs darzustellen, zu spielen. Ein derartiges Spiel ist geeignet, Niedererschlagenheit in eigenen Reihen zu erzeugen und Freude und neu belebte Stimmung im Lager unserer Feinde. Die Aufgaben, die insbesondere an Westen noch zu lösen sind, sind aber zu groß, als daß wir uns des überflüssigen Lärmes von Querschnitten

darüber aus. Soviel erfährt man, daß die in Frage kommen- den deutschen Seeleute auf einem ganz unheimlichen Dampfer sich befinden, der sich schon seit geraumer Zeit dauernd im Golf von Venedig aufhält und bis zu der Zeit Solotro vor dem Kap Guadafuete seine Tätigkeits erweist und die mit dem Kurs nach den indischen Gewässern fuhernden Schiffe der Entente an der Weiterfahrt zu hindern versucht.

### Die Angriffe gegen Herrn von Kuhlmann,

Die Verkehre-Verhandlungen mit Rußland.  
Berlin, 6. Jan. Wie man in gut unterrichteten Kreisen als feststehend erachtet, kamen die gegen die Regierung in den letzten Tagen gerichteten Angriffe aus dem alldeutschen Lager. In der Hauptsache warf man von dieser Seite Herrn von Kuhlmann vor, in bezug auf die östliche Grenz-gehaltung das deutsche militärische Interesse preis-gegeben zu haben; von anderer Seite wieder behauptete man, daß der Minister des Auswärtigen keine Haltung in der Frage der Selbstbestimmung der Völker die Waffen verstimmt.

Die Wiederaufnahme der Verhandlungen in West-Italien hat wieder einermöglichen Vermählung zumeist ge-bracht und wie man vertritt, hat neuerdings der Reichs-kanzler gegenüber verschiedenen Abgeordneten erklärt, daß hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechtes der Bevölkerung der besetzten Gebiete vollkommene Freiheit bei den Bestimmungen gewährt werden soll und diese nach erfolgter Räumung durch die deutschen Truppen und nach Demobilisierung der russischen Armeen erfolgen kann.

Wie man in Berliner politischen Kreisen annimmt, hat die Unannehmlichkeit des Grafen Mirbach in Petersburg mit dazu beigetragen, den russischen Minister des Äußeren Trost zu der Reize nach dem Verhandlungsstapel zu veranlassen, trotzdem aber ist die Meinung verbreitet, daß der erste Ver-handlungsgegenstand doch die Beilegung der Wehrrechnungen nach einem neutralen Orte sein wird.

Unbedeutend ist durch die Verhandlungen in West-Italien nehmen die Besprechungen zur Regelung der Eisen-bahn-, Telegraphen-, Post- und Briefschlüsselfragen in Peters-burg ihren Fortgang.

### Parteilührer beim Reichskanzler.

Kein Grund zur Beunruhigung.  
Berlin, 7. Jan. Der Reichskanzler empfing laut „L. M.“ gestern eine Reihe von Fraktionsführern, denen er ein Durch-sich-herausgehen in die Lage der Dinge zu geben in der Lage war. Auch eine Reihe von Reichstagsfraktionen wurde in einer Weise erörtert, daß jeder etwaige Grund zur Beunruhigung als beseitigt an-gesehen werden kann.

### Deutsch-russische Wirtschaftsverträge.

T. U. Berlin, 6. Januar. Auf eine Anregung aus Jem-tserntrien fand gestern, wie die „R. Ztg.“ hat, eine Be-sprechung von Parlamentariern, Industriellen und Vertre-tern der Landwirtschaft statt, die sich mit dem künftigen Ver-hältnis zu Rußland befahte. Von parlamentarischer Seite nahmen Konervative, Nationalliberale und Vertreter des Zentrums teil. In der Besprechung kam als gemein-samer Wunsch zum Ausdruck, daß bei etwa bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen mit Rußland für einen ge-nügenden Zollschutz der deutschen Interessen ge-sorgt werden müße.

leisten können, die die Geschlossenheit nach außen hin gefährden. Darum auch in schwierigen Stunden: Mehr Ruhe und mehr Verantwortungssinn! C. H.

### Berliner Äußerungen zur „Krise“.

Berlin, 7. Januar. Das „L. T.“ hält die Zeitungsent-rüstung über West-Italien für etwas erlöschend und bezeich-nend es als unerhört, wenn Sentimentschwächen im Volke verbreitet werden, das mehr als je Kraft und Glau-ben braucht.  
Die „Kreuzzeitung“ schreibt, große militärische Schläge seien noch nötig, um den Frieden zu erkämpfen. Unschlüssig sei die Feldherrnkunst der beiden Mächte, deren militärische Führung uns bis zu dem Punkte gebracht hat, wo wir stehen. Unvergleichlich ist auch der Schlag das anbe-dingten Besatzungs, das Herz und Blut zu diesen Geschritten verfließt.  
Das deutsche Volk weiß, schreibt die „Individuum“, was es den beiden Mächten verhandelt, die auf je dem Vergleich unter menschlichen natürlichen Sitten hat.

# Die angebliche Antwort der Entente.

Eine Feststellung des Vierbundes.

Brest-Litovsk 6. Januar. Gestern Abend ist folgender Zusatz zu dem Vertrag abgehandelt worden:

„An die russische Delegation zu Händen ihres Vorsitzenden Herrn Zoffe, Petersburg.“

Zu ihrer Antwort auf die Vorhänge der russischen Delegation haben die Delegationen des Vierbundes am 25. Dez. 1917 in Brest-Litovsk gewisse Zeitpunkte für den Abschluss eines so fortigen allgemeinen Abkommens aufgestellt. Eine Vereinbarung einer einseitigen Festlegung hätte die Gültigkeit dieses Abkommens davon abhängig gemacht, daß sich für die Kriegszeit alle beteiligten Mächte innerhalb einer annehmen Frist ausnahmslos und ohne jeden Nachdruck auf gemeinsamen Beobachtung der alle Wälder in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichtet hätten. Mit Zustimmung der vier verbündeten Delegationen sind darauf von der russischen Delegation eine sehr wichtige Frist festgelegt worden, innerhalb welcher die anderen Kriegsführenden sich mit in Brest-Litovsk aufgestellten Grundrissen eines so fortigen Friedens betanunten und über den Anschlag an die Friedensverhandlungen entscheiden sollten. Die Delegationen der verbündeten Mächte stellten fest, daß die schließliche Frist mit dem 4. Januar 1918 abgelaufen und von keinem der anderen Kriegsführenden in dem Sinne eine Erklärung abgegeben, die den Friedensverhandlungen bei ihnen eine Grundlage ist.

Die Vorsitzenden der verbündeten Delegationen: **gezeichnet Kühnmann für Deutschland, gezeichnet Graf Czernin für Österreich-Ungarn, gezeichnet Popom für Bulgarien, gezeichnet Westhoff für die Türkei.**

# Die „Nordd. Allg. Ztg.“ beruhigt.

Berlin, 6. Jan. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt unter der Ueberschrift „Ruhige Sicherheit“ u. a.: Der Zwischenfall von Brest-Litovsk, der in den Morgenblättern vom Sonnabend zum Teil schon abnorme und groteske Formen anzunehmen begann, ist durch die knappe, aber inhaltvolle Erklärung, die der Unterstaatssekretär Streicher von dem Botschafter im Auftrag des Reichsanstalters im Hauptauswärtigen Abenteuern hat, auf sein richtiges Maß zurückgeführt worden. Die Verhandlungen finden in mitunter abgeklärter Weise vor sich, waren nicht einmal getrimmt ganz ausgelegt. Was vorliegt, sind einige Wünsche der Russen, die wider alle Formen und Gebrauche vorgebracht wurden, deren Erfüllung dann prompt von unseren Vertretern abgelehnt wurde und die jetzt ordnungsgemäß, aber mit demselben Energiebeizweck besprochen werden dürfen. Was dann weiter geschehen wird, einschließt sich jeder Voraussicht. Es wäre also wieder einmal besser gewesen, keinen Sturm im Wasserglase zu erzeugen, nicht gleich die Vorhänge in den greifbaren Rahmen zu heben, sondern dessen eingebet zu sein, daß eine Friedensverhandlung nach einem dreizehnjährigen Krieges nicht in den Formen eines Raufschlages sich abspielen kann und daß diesem ersten Zwischenfall mande andere folgen werden. Wenn man gewissen Zeitungen glauben wollte, dann wäre der Freitag mit der Erklärung des Reichsanstalters der große Tag der notwendigen Vereinbarung gewesen, dann wäre auf diesem Tage der historische Schritt gemacht worden, daß unserer Politik wieder die Gesundheit gebracht und der unsere Friedensunterhändler auf den rechten Weg geführt hätte. Davon kann natürlich keine Rede sein. Unsere Vertreter sind von Brest abgereist, ausgerüstet mit dem Vertrauen, dessen sie sich in der Verhandlungsausschuss verdient hatten; sie waren und sind willens, den Weg, der im Dezember schon in neuemverordneten nachrichten bestritten hat, im neuen Jahre weiterzugehen, möglichst bis zum Ziele. Nicht zu erwarten es, die eine S t r u n g zurückzuführen, sondern die russischen Delegierten, und wenn ihnen irgendwo eine Sperrung festgestellt werden könnte, dann müßte man sie drücken suchen, wo die beschwerliche Regierung irgendeiner Regierung oder Strömung nachgegeben hat. Vielleicht haben sie unter einer ihnen unangenehm vorstellenden Versuch machen zu müssen erlaubt. Ihre Delegation zum vollen Siege zu verhelfen, nicht ist und sie noch den Wäldern ins Gewiss gemacht. Für die erste Möglichkeit spricht vor allem die schnelle Bereitwilligkeit, nach Brest-Litovsk zu kommen, als der entscheidende Widerspruch die vertriebenen Hoffnungen gleich löschend. Die zweite Möglichkeit ist auch heute noch nicht aus dem Auge zu lassen, da England alle Wälder hat heutzutage lassen, um den letzten Friedensbaum zu verpflanzen. Fernmöglichst wäre das nur für Russland, dessen zweite Revolution dann noch das Schicksal der ersten finden würde. All das können wir ruhig fest entschlossen lassen. Unsere Vertreter sind auf der Wacht, und daß auch die Politik den richtigen Gang heuert, ist in den letzten Monaten immer deutlicher geworden. Wenn heute der russischen Regierung gesagt wird, sie hierin und nicht weiter, und wir ihr bedeuten, daß wir auch ein Minderprogramm und Minderziele gesetzt haben, dann geben wir damit nicht irgendwelchen Minderleistungen die Oberhand, nein, wir bekräftigen uns nur, daß wir zumindest in diesem Punkte nicht die Schwächen sind, die zu allem ja und Amen sagen müssen. Wir erinnern uns in diesem Augenblicke auch einmal, wie der Reichsanstalt sich ausdrückt, unserer Machtstellung. Aber wir pochen nicht nur auf unser Schwert und auf unsere Wälder, sondern betonen gleichzeitig unsere innere Gesinnung, die wir den Russen auch heute noch und jederzeit beweisen wollen, und auf unser gutes Wort, das uns in dieser Stunde den russischen Gesinnung gibt, abzumachen, ob die Russen bei Befriedigung bleiben oder absteigen. Denn, wie bisher, wollen wir weiter verhandeln, wenn die Bolschewisten sich zu den Tatsachen zurückfinden, die zum Frieden führen.

# Die Haltung der Parteien.

Berlin, 7. Januar. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat gestern zusammen. Die Beratungen gestalteten sich, wie der „Vorwärts“ sagt, insofern schwierig, als die Materie, der sie galten, sich nicht völlig im Klaren befindet. Nach mehrstündiger Debatte beschloß die Fraktion eine Aunahme, in der sie einmütlich das Verhalten ihrer Vertretung im Hauptauswärtigen Büro und ihre Entschlossenheit festhielt, jeden Widerspruch des Selbstbestimmungsrechts um Zwecke verfeinertester Anordnungen entschieden entgegenzutreten.

Die „Arbeitszeitung“ legt, es sei ausgeschlossen, daß eine Annäherung zwischen der sozialdemokratischen und der konfessionellen Fraktion eintreten könne, und die Konfessionen würden wie bisher eine Politik nicht mitmachen, die die bestehenden Grundzüge anerkennen zu überbrücken versuchen sollte.

# Lloyd George über Englands Kriegsziele.

Wichtige Erklärungen des britischen Ministerpräsidenten gegenüber Vertretern englischer Gewerkschaften. — Die englischen Forderungen.

London, 6. Januar. Nach einer Rente-Redung berief Lloyd George gestern die Vertreter der Gewerkschaften zu sich und gab diesen eine Erklärung über die Kriegsziele, in der er u. a. folgendes sagte: Wir sind an der kritischsten Stunde dieses furchtbaren Kampfes angelangt, und bevor eine Regierung eine irgendwelche Entscheidung über die Bedingungen, unter welchen sie den Kampf beenden oder fortsetzen soll, muß dem Genieße machen, daß das oberste Prinzip der Nation hinter diesen Bedingungen steht. Lloyd George erklärte dann weiter, daß er die Fragen der Kriegsziele mit Asquith, Grey sowie einigen Vertretern der großen überleitenden Dominien beraten habe, so daß das Ergebnis dieser Beratungen Anspruch darauf habe, nicht allein als Auffassung der Regierung, sondern der Nation und des ganzen Volkes zu gelten. Er sagte weiter seinen Ansichten getreulich das deutsche Volk, das von seinen Führern überzeugt wurde, es kämpfe einen Verteidigungskrieg gegen eine Vertreibung neidischer Wälder, die auf die Vertreibung Deutschlands aus sind. Das ist nicht der Fall. Eine Vertreibung Deutschlands oder des deutschen Volkes war niemals unser Kriegsziel vom ersten Tage des Krieges an bis heute. Das englische Volk hat niemals eine Trennung der deutschen Stämme oder die Auflösung des deutschen Staates oder Landes beabsichtigt.

# Deutschland

hatte eine große Stellung in der Welt. Es ist nicht unser Wunsch oder unsere Absicht, diese Stellung in der Zukunft in Frage zu stellen oder zu gefährden, sondern Deutschland von seinen Hoffnungen und Plänen einer mütlichen Beherrschung abzulassen, damit es alle seine Kraft den großen gemeinnützigen Aufgaben der Welt widme.

Obwohl wir nicht, um Österreich-Ungarn zu gefährden oder die Türkei ihrer geistigen Bestimmung berauben in Kleinasien und Arabien, die vornehmlich von der türkischen Rasse bewohnt sind, zu berufen.

Ebenjenseitig sind wir in vielen Krieg eingetreten lediglich um die Verfallung des Deutschen Kaiserreiches abzuändern und zu gefährden. Das ist eine Sache, die das deutsche Volk zu entscheiden hat.

# Zu den Erklärungen des Grafen Czernin,

die dieser am 25. Dezember 1917 im Namen Österreich-Ungarns und der Türkei abgegeben, sagte Lloyd George: Diese ist behauerlich unbillig.

Die ersten Forderungen, die dieser die britische Regierung und ihre Verbündeten immer vorgebracht haben, sind die vollständige Wiederherstellung Serbiens

# Belgiens

und eine solche Entschädigung für seine vertriebenen Städte und Provinzen, wie sie geleistet werden kann. Als nächstes kommt die Wiederherstellung Serbiens, Montenegros, sowie der besetzten Teile Frankreichs, Italiens und Rumaniens, vollständige Zurückführung der jüdischen Armeen. Wiederherstellung von Anrecht ist die grundsätzliche Bedingung für einen Frieden, welchen wir werden bis zum Untergang an der Seite der französischen Demokratie stehen, in deren Verlangen nach Wiederherstellung des großen Anrechts von 1871, wo ohne Rücksicht auf die Wünsche der Bevölkerung zwei französische Provinzen aus Frankreich herausgerissen und dem Deutschen Reich für ein halbes Jahrhundert einverleibt wurden, und bis dieses nicht begehrt ist, können gesunde Zustände nicht wieder eintreten.

# Ich will nicht verstehen, die Frage der russischen Gebiete,

die jetzt von den Deutschen besetzt sind, zu behandeln. Die russische Politik ist seit der Revolution durch so viele Phasen und so schnell gelaufen, daß es schwierig ist, ohne Risiko des Irrtums darüber zu urteilen, welches die Lage sein wird, wenn die endgültigen Bedingungen des europäischen Friedens besprochen werden. Russland hat mit allen seinen Schreden angenommen, was es, getreu seiner Ueberlieferung, als Schöpfer der schwächeren Stämme gleicher Stellung in den Krieg einzutreten, um Serbien vor einem Anschlag auf seine Unabhängigkeit zu schützen. Es ist dies ein ehrenvolles Opfer, das nicht allein Russland, sondern auch Frankreich in den Krieg zog.

Russland ist nunmehr dabei, eine Verbindung mit den Ländern, die es in den Krieg gezogen hat, Sonderverhandlungen mit dem gemeinnützigen Feinde zu führen. Ich möchte keine Vorwürfe, ich führe lediglich Tatsachen an. Niemand, der Frieden und seine Wünsche auf Rußland kennt, kann einen Augenblick über seine letzten Absichten im Zweifel sein. Was für Phasen es auch immer gebrauchen möge, um Rußland einzunehmen, es liegt nicht in seiner Absicht, wenn die Provinzen und Städte Rußlands, die es jetzt besetzt hält, zurückzugeben. Unter einem oder anderem Namen, welchem es ist gleichgültig, werden diese russischen Provinzen künftig in Rußland als Teil eines preussischen Reiches bilden und das übrige Volk Rußlands wird, teils durch blühende Worte verlockt, teils durch Drohungen über die Fortsetzung des Krieges gedrückt, in einen Zustand voll-

ständiger wirtschaftlicher und später auch politischer Sklaverei gegenüber Deutschland getrieben werden.

Wir werden kein Ziel, bis zum Ende Seite an Seite mit der neuen Demokratie Rußlands zu kämpfen. Das sollte wollen America, Frankreich und Italien, aber wenn die gegenwärtigen Wälder Rußlands unabhängig von ihren Verbündeten etwas unternehmen, so haben wir keine Mittel, einzuschreiten, um die Kontrolle aufzuheben, der ihr Land fiderlich verfallen muß. Wir glauben jedoch, daß ein unabhängiges Polen,

das alle jene wahrhaft politischen Elemente umfaßt, die wünschen, einen Teil davon zu bilden, eine dringende Notwendigkeit für das Gleichgewicht in Osteuropa ist. Gleichzeitige und obwohl wir mit Wäldern übereinstimmen, daß die Auflösung Österreich-Ungarns kein Ziel unserer Kriegsziele ist, bin ich der Meinung, daß, wenn nicht eine Selbstregierung auf Grund wirklich demokratischer Grundrissen jenen überleitungsunfähigen Nationen gewährt wird, die dies in lange gewohnt haben, es unmöglich ist, auf eine Vertreibung jener Ursachen in diesem Teile Europas, die so lange seinen allgemeinen Frieden bedroht haben, zu hoffen. Aus denselben Gründen betrachten wir die Befriedigung des natürlichen Anspruchs der Italiener

auf Vereinigung mit dem Volk gleicher Rasse und Sprache als notwendig. Ebenso bedürftigen wir, darauf zu dringen, daß den Leuten rumänischen Bluts und rumänischer Sprache in ihren berechtigten Forderungen Gerechtigkeit getan werde.

# Nachher Europa

glauben wir, daß diejenigen Grundriss zur Anwendung kommen sollten. Während wir keineswegs die Aufrechterhaltung des Herrschen Reichs in der Heimat der kaiserlichen Rasse mit Konstantinopel als Hauptziel in Frage stellen wollen, sind Arabien, Armenien, Mesopotamien, Indien und Sibirien, wenn die Durchfahrt zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer internationalisiert und neutralisiert ist, unserem Urteil gemäß berechtigt, eine Anerkennung ihrer besonderen nationalen Bedingungen zu erhalten. Welche Form diese Anerkennung in jedem einzelnen Falle annehmen soll, braucht hier nicht erörtert zu werden, es soll nur festgehalten werden, daß es unmöglich sein würde, die Länder, die ich schon erwähnt habe, unter die Vereinbarungen, die wir mit unseren Verbündeten über die und andere Gegenstände eingegangen sind, zu ziehen. Ich kann nur sagen, daß, wenn neue Umstände wie der russische Zusammenbruch und die russischen Sonderverhandlungen die Bedingungen verändern, unter welchen unsere Vereinbarungen gemacht waren, wir immer bereit waren, sie mit unseren Verbündeten zu besprechen.

# Was die deutschen Kolonien

angeht, so habe ich wiederholt erklärt, daß sie zur Vertreibung der Kolonisten gehalten werden, deren Entschließung in erster Linie Rußland auf die Wünsche und Interessen der eingeborenen Bewohner dieser Kolonien nehmen muß. Kein deutsches Gebiet ist von Europäern besetzt. Daher muß das Hauptgewicht darauf gelegt werden, daß in allen diesen Fällen die Einwohner einer ihnen annehmbaren Verwaltung unterstellt werden, deren Hauptaufgabe es sein wird, ihre Unterwerfung im Interesse der europäischen Kapitalisten zu verhindern.

Schließlich muß eine Gutmachung des in Bergewaltung des internationalen Rechts angegriffenen Schadens eintreten. Die Friedenskonferenz darf nicht unsere Sätze und die Dienste verpassen, die sie der gemeinsamen Sache der Freiheit gestiftet, sowie die verbrecherischen Taten, unter denen sie gestritten haben. Es wird auf der ganzen Welt eine Knappheit an Rohmaterialien

# Rohmaterialien

eintreten, die immer größer wird, je länger der Krieg dauert und es ist unermesslich, daß jene Länder, die den Markt für Rohstoffe beherrschen, in erster Linie sich selbst und ihren Freunden werden helfen wollen.

Wenn wir gefragt werden, wofür wir kämpfen, so können wir sagen, für einen gerechten dauernden Frieden, und wir glauben, daß bevor ein solcher erreicht werden kann, die folgenden Bedingungen

# Bedingungen

erfüllt werden müssen. Erstens: muß die Heiligkeit von Verträgen aufrechterhalten werden, zweitens: muß ein Selbstbestimmungsrecht über die Grundlage des Selbstbestimmungsrechts oder der Zustimmung der regierten Wälder gestiftet werden, und schließlich müssen wir durch Schaffung einer internationalen Organisation suchen, die Zeit der Kämpfungen zu beschränken und die Wirksamkeit eines Krieges zu vermindern. Unter diesen Bedingungen würde das britische Reich einen Frieden willkommen heißen, und diese Bedingungen sicher zu stellen, sind keine Wälder bereit, noch größere Opfer zu bringen, als die bisher gebrachten.

Eine Vertreterversammlung der nationalliberalen Organisation der Provinz Brandenburg und Berlin hat einen Beschluß gefaßt, in dem sie ihre volle Ueberstimmung mit der Auflösung der nationalliberalen Reichstagsfraktion dahin ausdrückt, daß für die Frage der deutschen Grenzüberwindung nach Osten und Westen die Forderungen der Obersten Heeresleitung maßgebend sein müssen.

# Brest-Litovsk und die Parteigruppierung im Reichstag.

Aus dem Reichstag wird uns gemeldet: Die Aunahme nach dem ersten Bekanntwerden vom Zwischenfall in Brest-Litovsk war im Reichstag gewaltig. Eine völlige Aenderung der parteipolitischen Beziehungen schien einige Stunden lang unentbehrlich. Auf der rechten und bei einem Teile der Nationalliberalen sah man in dem Zwischenfall dem Brest-Litovsk eine längst hergesehene Gelegenheit, vom Wege des Verhandlungs-friedens dem Wege der Willkür abzumachen und nach des Kanzlers Wort „Macht Kapitalität und Siegerrecht“ allein

richtungsgewand sein zu lassen. Umlaufende Gerüchte über angebliche Konflikte zwischen Oberster Heeresleitung und deutscher Diplomatie verklärten nach die Oppositionsmeinung gegen den gegenwärtigen Regierungstus.

Auf der anderen Seite erhob auch die sozialdemokratische Mehrheitsgruppe energische eine grundsätzliche Umlagerung von den bisherigen Positionen und stärkste Opposition zur Reichsregierung. Sie glaubte aus dem angeblichen Widerspruch zwischen den Erklärungen der deutschen Unterhändler in Brest-Litovsk am 25. und dem 28. Dezember (einmal für Verständigung auf Grund freier Selbstbestimmungsrechts der Völker, dann aber für sofortige Anerkennung der antirussischen Erklärung des politischen Staatsrats und der kaiserlichen Rätepräsidenten Hauens und Rußlands) auf eine Sperrung der deutschen Friedenspolitik zur Annerkennungskräfte schließen zu müssen und wollte energischer Interventionen bedürftig sein. Ein Aussehen der Sozialdemokraten aus der Mehrheitsgruppe des Reichstages wäre die nächste Folge gewesen, und die Reichsregierung hätte damit ihren festen Grund und in der Volkserrettung verloren.

